

Stadt Heidelberg

Antrag Nr.:
0015/2013/AN

Antragsteller: SPD, GAL/HD P&E
Antragsdatum: 01.03.2013

Federführung:
Dezernat I, Personal und Organisationsamt

Beteiligung:

Betreff:

**Freiwerdende Landes- und Bundesimmobilien:
Prüfen, welche geeignet sind als städtische
Verwaltungsgebäude**

Antrag

Beschlusslauf

Die Beratungsergebnisse der einzelnen
Gremien beginnen ab der Seite 2.2 ff.
Letzte Aktualisierung: 18. Juni 2013

Beratungsfolge:

Gremium:	Sitzungstermin:	Behandlung:	Beratungsergebnis:	Handzeichen:
Gemeinderat	14.03.2013	Ö		
Haupt- und Finanzausschuss	06.06.2013	Ö		
Gemeinderat	13.06.2013	Ö		

Der Antrag befindet sich auf der Seite 3.1

Sitzung des Gemeinderates vom 14.03.2013

Ergebnis: verwiesen in den Haupt- und Finanzausschuss

Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 06.06.2013

Ergebnis: Antrag wurde behandelt

Sitzung des Gemeinderates vom 13.06.2013

Ergebnis: Antrag wurde behandelt

Abbildung des Antrages:



Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Gemeinderatsfraktion Heidelberg

SPD-Gemeinderatsfraktion, Bergheimer Str. 88, 69115 Heidelberg

An den Oberbürgermeister
der Stadt Heidelberg
Herrn Dr. Eckart Würzner
- Rathaus -

69117 Heidelberg

Prof. Dr. Anke Schuster, Fraktionsvors.
Thomas Krczal, stellv. Vorsitzender
Imtraud Spinnler, stellv. Vorsitzende
Dr. Monika Meißner
Mathias Michalski
Michael Rochlitz
Dr. Karin Werner-Jensen

Bergheimer Str. 88
69115 Heidelberg
Telefon 06221-166767
Telefax 06221-619808
e-mail:
SPD-Fraktion-heidelberg@t-online.de
www.spd-fraktion-heidelberg.de

Datum: 19.2.13

Tagesordnungspunkt Gemeinderat

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

für die nächste Sitzung des Gemeinderates beantragen die Unterzeichnerinnen und Unterzeichner gemäß § 18 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Heidelberg im öffentlichen Teil die Aufnahme des Tagesordnungspunktes:

Freiwerdende Landes- und Bundesimmobilien: Prüfen, welche geeignet sind als städtische Verwaltungsgebäude

1. Bericht der Verwaltung;
2. Diskussion und Aussprache
3. ggf. Anträge

Begründung Es ist abzusehen, dass in nächster Zeit größere (Verwaltungs-)Immobilien des Landes und des Bundes frei werden. Für 2014 sind für angemietete Objekte doppelt so hohe Kosten für Neben-, Unterhaltung- und Verwaltungskosten wie für eigene Gebäude zu erwarten, so der Haushaltsplan. Wir bitten deshalb die Verwaltung Kaufoptionen zu prüfen und dem Gemeinderat vorzuschlagen, inwiefern sich solche freiwerdenden Gewerbegebäude als städtische Verwaltungsgebäude eignen würden. (z. B. Polizeidirektion, US-Flächen...)

Unterschriften in der Anlage

**gezeichnet SPD-Fraktion,
gezeichnet Fraktion/AG GAL/HD P&E**